

Liebe Brühlerinnen und Brühler, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Rates, Herr Bürgermeister, werte Vertreter der Medien,

als Vierter hier eine Haushaltsrede zu halten ist zugegebenermaßen einwenig schwierig. Normalerweise überlegt man in der Vorbereitung auf eine solche Rede, was denn noch nicht gesagt worden sein wird.

Nundenn, es ist Vieles noch nicht gesagt worden, was erwähnenswert, ja vielleicht sogar „sagenhaft“ ist. Sie mögen es mir dennoch nachsehen, wenn Sie das eine oder andere Thema jetzt auch noch einmal von mir hören werden.

Unser Herr Bürgermeister hat das Schlagwort des diesjährigen Haushaltes in seiner Rede zwar nicht voran gestellt (jedenfalls ist der Haushaltsentwurf nicht damit überschrieben), aber immerhin hat er es bereits im vierten Absatz seiner Haushaltsrede benannt: Unser Haushalt ist ein Märchen, ein Wintermärchen.

Und wie Märchen das so an sich haben, so enthält auch unser Haushalt Unglaubliches, Unerwartetes, Magisches, Lustiges und tragische Elemente. Einzig was aus unserer Sicht fehlt ist die Aussicht auf ein Happy End.

Wir Grüne haben uns bei den Haushaltsberatungen in der Fraktion, bei den Reaktionen auf unsere Pressemeldungen und bei den entsprechenden Ausschüssen in denen der Haushalt beraten wurden in diesem Jahr zum Teil gefühlt wie die Prinzessin, die dem Rumpelstilzchen auf die Schliche gekommen ist. Aber das kennen wir aus vielen Jahren Ratsarbeit schon sehr gut, das hat für uns schon oft DeJaVu-Charakter.

Ich beschränke mich nunmehr auch auf die Aufzählung der dramaturgischen Highlights des diesjährigen Haushaltes und überlasse die Interpretation dem gewogenen, außenstehenden Betrachter.

So möge es beginnen:

- Da haben wir wohl über Jahre 10,3 Millionen Euro Rückstellungen für ein Prozessrisiko aus Gewerbesteuer mit uns herumgetragen. Diese Rückstellung entspricht in Ihrer Höhe ca. 120% der gesamten Gewerbesteuererinnahmen eines Haushaltsjahres bzw. einem Anteil von ca. 15% der gesamten Rückstellungen inklusive „Pensionszusagen“ und „unterlassene Instandhaltungen“. Die heutige ertragswirksame Auflösung hat schon ein wenig was von „der guten Fee und dem Zauberstab...“
Ach ja: Suchen Sie doch mal nach der entsprechenden Erläuterung dieses Postens zum Sachkonto 45829 im Kontext des Haushaltes....
- Eine Schule in Vochem braucht –völlig unbestritten- eine neue Turnhalle. Die Turnhalle an sich kostet so ca. 900.000 Euro. Der Bürgermeister setzt –im wahrsten Sinne des Wortes- aber noch eins drauf. Nämlich ein Geschoss für, na nennen wir es mal „soziokulturellen“ Zusatznutzen und vielleicht auch Schulbedarf. Das kostet mal schlappe 600.000 Euro mehr. Also haben wir einen Haushaltsansatz von 1,5 Mio. Euro. Noch ist nicht der erste Stein der alten Halle abgerissen haben wir aber auch schon die erste Kostenerhöhung.
Klar ist aber auch: Hier muss eine Turnhalle ersetzt werden. Das wird uns am Ende teurer zu stehen bekommen, als jeder einzelne Neubau für eine komplette Schulerweiterung zur Ganztagschule. Dennoch stimmen wir dem Bau zu. Schon alleine weil es offenbar sonst keine neue Turnhalle geben wird.

- Der Antrag der Grünen, die Zuschüsse für Stadtökologische Maßnahmen einzustellen, der im Ausschuss für lokale Agenda und Umwelt einstimmig befürwortet wurde, wird im Hauptausschuss von der CDU mit dem Hinweis abgelehnt, dass man definitiv nicht immer dann als Stadt einspringe, wenn das Land seine Pflicht nicht erfülle.
- Gleich erging es dem Antrag der Grünen, die Unterstützung für die Familienberatungsstelle wieder mit 10.000 Euro in den Haushalt aufzunehmen. Für die Familie ist die Stadt doch nicht verantwortlich, da soll sich doch das Land drum kümmern.
- Aus den beiden vorgenannten Punkten ergibt sich dann ein perfides System: Wenn die Landesregierung, also Schwarz / Gelb, Ihren Pflichten nicht nachkommt, dann – so argumentiert zumindest die Mehrheitsfraktion in Brühl – dann dürfen wir das als Schwarz / Gelbe Kommune natürlich nicht konterkarieren indem wir selber handeln und uns die dringenden Bedürfnisse der Brühlerinnen und Brühler kümmern. Damit machen wir uns de facto aber doch der gleichen Pflichtverletzung schuldig wie Düsseldorf! In Konsequenz: Die kommunale Schwarz / Gelbe Mehrheit schiebt die Verantwortung in sozialen und ökologischen Themen auf die Schwarz / Gelbe Landesregierung.

Nach Grüner Definition sollte aber Kommunalpolitik nicht nach irgendwelchen politischen Schuldigen suchen, sondern Notwendiges im Rahmen der eigenen Möglichkeiten veranlassen. Und, hey, die beiden vorgenannten Punkte kosten insgesamt nur einen Bruchteil der jährlichen Wartungskosten für ein wahrhaft märchenhaftes Parkleitsystem!

- In der aktuell ausgebrochenen Fördermitteljagd –es scheint zwischenzeitlich für fast alles Landes-, Bundes- oder EU-Fördermittel zu geben- in dieser Jagd gibt es dann ergänzend noch ein Zusatzspiel, das seitens der Verwaltung und der Mehrheitsfraktion gespielt wird. Viele Anträge werden damit abgeblockt, dass Änderungen oder Ergänzungen in Planungen, oder schon alleine die Aufnahme von Planungen in offizielle Dokumente, förderschädlich seien. Das ist zwar de facto nicht überprüfbar, aber als schlüssiges Argument immer gerne genommen.
- Apropos Fördermittel: Sie kennen alle die tollen Werbekampagnen: „Sparen Sie bis zu 2.000 Euro beim Kauf eines neuen Autos...“ Gut: Um diese 2.000 Euro zu sparen muss ich 30.000 Euro ausgeben. Aber das Gewissen ist beruhigt, weil man ja gespart hat. Ähnlich scheint es mit Fördermitteltöpfen zu laufen. Viele förderfähige Projekte werden angestoßen. Toll, dass es dafür Fördermittel gibt. Schade, dass wir aber selber in der Regel mindestens die gleiche Summe, die aus dem Fördertopf kommt, dazuzahlen. In der Regel toppen wir das aber und legen noch eine Schippe obendrauf. Die Frage, die sich stellt, ist doch einfach: Würden wir diese Projekte auch angehen, wenn wir keine Förderung bekämen und würden wir das Geld, dass wir selber draufzahlen, auch ausgeben, wenn wir keine Förderung bekämen.

Aktuelles Beispiel: Soziale Stadt Vochem: Projektvolumen für die Stadt: ca. 4 Mio. Euro, davon 2 Mio. gefördert. Aussage der Projektgesellschaft: Die tatsächliche Situation ist nicht so schlimm wie die subjektiv wahrgenommene Situation. Grüne zweifeln daran, dass ein so hohes Kostenvolumen für die Stadt notwendig ist, um die Situation in Vochem nachhaltig zu verändern. In gemeinsamer Anstrengung von Stadt, Gebausie und Bürgergemeinschaft können mit Sicherheit auch mit erheblich weniger Mitteln für die Stadt deutliche und nachhaltige Verbesserungen erzielt werden. Aber dafür gibt es dann halt keine Fördermittel und kein Zelt auf dem Thüringer Platz.

Nur um Missverständnisse zu vermeiden: GRÜNE wollen und GRÜNE unterstützen die substanzielle und die soziale Verbesserung des Wohnstandortes Vochem. GRÜNE tragen das jetzt angestoßene und heute hier zu beschließende Konzept mit.

Wir werden aber für die Zukunft nicht akzeptieren, dass sich das verantwortliche und nachhaltige Handeln der Stadt nur auf die Felder beschränkt, in denen es absehbar Fördermittel gibt.

Wer verantwortlich mit seiner Stadt umgeht, der handelt wo es notwendig ist und nicht da, wo es ggf. ein Anderer bezahlt!

Und - vielleicht war diese Aussage jetzt ja auch schon wieder „förderschädlich“ ???

Aber es gibt nicht nur Meckern:

Langsam, stetig und gerade in den aktuellen Haushaltsberatungen zeigt sich: GRÜN wirkt! Da wird ein Grüner Antrag zur barrierefreien Gestaltung von Bushaltestellen endlich auch von der CDU Mehrheit zur Kenntnis genommen und zugestimmt. Da wird ein Grüner Antrag zur Erhöhung der Anzahl der Politessen, der noch vor zwei Jahren von der CDU einstimmig abgelehnt wurde weil die Notwendigkeit nicht bestehe, plötzlich von der CDU als eigener Antrag eingebracht. Originalkommentar dazu aus den CDU-Reihen: „Wir sind halt lernfähig“. DANKE! Das lässt für die Zukunft hoffen, auch wenn noch sehr viel über die bisherigen Lippenbekenntnisse hinaus zu tun ist.

Ganz besonders ist hier natürlich die Positionierung des Bürgermeisters und der anderen Fraktionen in diesem Gremium zum Thema Phantasialand hervorzuheben.

Kurz und klar:

- Mit Grüner Zustimmung wird es niemals eine 30 ha Erweiterung des Phantasialandes in den Villewald geben.
- Mit Grüner Zustimmung wird es niemals eine weiter steigende Immissionsbelastung von Brühler Bürgerinnen und Bürgern durch das Phantasialand geben.

Und das war so, seit GRÜNE in Brühl Politik machen, das ist heute so und das wird auch in der Zukunft so bleiben.

Grüne haben Verständnis für die wirtschaftlichen Belange eines jeden Gewerbebetriebes. Grüne sind immer bereit, im offenen Dialog und unter Berücksichtigung aller Fakten Lösungen zu erarbeiten und zu fördern.

Grüne lassen sich aber in keinem Fall mit Halbwahrheiten, Verheimlichungen und Geheimniskrämereien dazu bewegen, den Kopf vor massiven und nicht reversiblen Eingriffen in Umwelt und gewachsene Strukturen in den Sand zu stecken!

Die letzten Wochen haben wieder deutlich gezeigt, wie zweifelhaft der Umgang mit der Umwelt durch das Phantasialand ist..

Fakt ist: Wir unterstützen jede Initiative, die auch abseits der kommunalpolitischen Handlungsebenen kritisch das Handeln des Phantasialandes hinterfragt und die Öffentlichkeit informiert. Grünen ist es völlig egal, wer hier aus welchem politischen Lager Initiative zeigt. Entscheidend ist in jedem Fall die Sache und nicht die politische Gesinnung.

Wir warnen ausdrücklich davor, aus rein populistischen oder wahlkampfaktischen Gründen sich den Widerstand gegen die Erweiterungspläne zu Eigen zu machen und dann nach erfolgter Wahl umzuknicken wie der Strohalm im Orkan! Das ist bei anderen Themen schon ins Auge gegangen! Nur zuverlässiges, nachvollziehbares und dauerhaftes Handeln wird hier zum Erfolg führen!

Wir können nicht nachvollziehen, warum sich der Bürgermeister so vehement dagegen wehrt, die Brühler Bürgerinnen und Bürger endlich umfassend über die Planungen des Phantasialandes zu informieren. Ich interpretiere das entweder als Angst vor der Empörung potenzieller Wähler (nur wer es noch nicht gemerkt hat: Der Bürgermeister-Wahlkampf 2009 hat längst begonnen) oder -und diese Interpretation hat einen gewissen Charme: - der Bürgermeister überlässt diese seine Verpflichtung nach GO der Bürgerinitiative 50.000 Bäume, weil er deren Argumenten zustimmt bzw. diesen nichts Schlüssiges entgegensetzen kann.

Werter Herr Kreuzberg: Die Rolle des Phantasialandes als Steuerzahler, Arbeitgeber und Wirtschaftsfaktor für Brühl ist mir bis heute schleierhaft und fraglich geblieben. Die Rolle des Vil-

lewaldes als „weicher“ Standortfaktor Naherholung, der insbesondere auch Ihnen so wichtig ist, ist unbestritten und auch im Rahmen des Regionale 2010 Projektes kreis- und landesweit dokumentiert. Und dieser „weiche Standortfaktor“ ist auch nach Ihren Aussagen ein entscheidender Faktor, um die Wirtschaft in Brühl zu fördern.

Bei einem weiteren weichen Standortfaktor, den Sportmöglichkeiten in Brühl, haben wir daher in 2008 auch ein deutliches Signal gesetzt: Die Sanierung des Schlossparkstadions. Diese dankmalschutzgerechte, funktionale und wirtschaftlich ausgearbeitete Sanierung unterstützen wir als Grüne gerne. Im Haushalt sind im Rahmen der Fortschreibung geplante Kosten in Höhe von 1,25 Mio. Euro für 2008 eingestellt.

Diese Höhe hängt aber noch ab vom Ergebnis einer Ausschreibung.

Nach Argumentation des Kämmerers wäre das also auch eine Art „Luftbuchung“, die wir im Gegensatz zu möglichen Verkaufserlösen jedoch jetzt im Haushalt auf der Ausgabenseite finden. Herr Kämmerer: Das, was wir hier heute verabschieden sollen, nennt sich „Haushaltsplan“. Wobei der Wortteil „plan“ von „planen“ kommt. Planen heißt nicht wissen! Insofern steht einer realistischen Planung von Verkaufserlösen ebenso wenig etwas entgegen, wie der realistischen Planung von Ausgaben. Was letztlich wirklich rauskommt aus dem Wirtschaftsergebnis eines Jahres zeigt sich dann in dem Jahresabschluss. Die Differenz zwischen dem Haushaltsplan und dem Jahresabschluss zeigt dann auf, wie realistisch geplant wurde und wie gut gewirtschaftet wurde. Das ist unser Verständnis. Sie mögen anderer Meinung sein. Vielleicht warten wir aber auch genau deswegen, um nicht zeitnah vergleichen zu können, so lange auf die städtischen Jahresabschlüsse.

Abschließend möchte ich noch kurz auf die geplanten organisatorischen Änderungen im Fachbereich 70 eingehen. Das uns vorgelegte Untersuchungsergebnis der Firma KPMG, zum Outsourcing des Betriebshofes an die Stadtwerke Brühl GmbH hat grundsätzlich überzeugt. Aber die KPMG hat auch deutlich gemacht, dass diese Aufgabenübertragung nur dann funktioniert, wenn umfangreich, vollständig und detailliert vertraglich festgelegt wird, welche Leistungen die Stadtwerke wann und wie zu erbringen haben. Eine endgültige Zustimmung zu der Übertragung machen wir daher ausdrücklich davon abhängig, die unterschriftsreifen Verträge zur Genehmigung im Hauptausschuss bzw. Rat vorgelegt zu bekommen. Einen Blindflug wie bei der Aufgabenübertragung von Aktivitäten an die Gebausie (*die bis heute der Stadt bzw. dem Rat noch keinerlei verwertbare Ergebnisse bezüglich Energiekostenmanagement vorlegen, obwohl das angeblich ein Kernpunkt der Vergabe war*) einen solchen Blindflug wollen wir in jedem Fall vermeiden.

Und abschließender bleibt mir nur festzustellen, dass wir dem plötzlichen Geldsegen für den Märchenkönig nicht trauen. Ein nachhaltiges Happy End sehen wir in den Zahlen des Haushaltes nicht. Es werden mit dem Geldsegen keinerlei Schulden getilgt. Die Liquidität der Stadt wird durch nichts verbessert. Das führt in Konsequenz dazu, dass wir bei steigenden Zinsen neue, und damit teure Kredite aufnehmen müssen. Das Geld aus dem Märchen wird für Projekte des Märchenkönigs ausgegeben, die längst durch ihn hätten angegangen werden müssen. Wurden Sie aber nicht, weil es ja noch viel schönere Prestigeprojekte gab, die dem Märchenkönig wichtiger waren! Hoffen wir, dass wir im nächsten oder übernächsten Jahr nicht vom König hören, dass unser schöner Märchenwald in den See gefallen ist.

Wir werden daher dem Haushalt mangels Vertrauen in seine Nachhaltigkeit nicht zustimmen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Michael vom Hagen
Brühl, 03. März 2008

- es gilt das gesprochene Wort -